



ORIENTIERUNG

Nr. 2 68. Jahrgang Zürich, 31. Januar 2004

AM 1. DEZEMBER 2003 haben israelische und palästinensische Politiker und Intellektuelle nach dreijährigen Verhandlungen die «Genfer Übereinkunft» (*The Geneva Accord*) für einen dauerhaften Frieden zwischen ihren Ländern feierlich unterzeichnet und veröffentlicht.¹ Gegenüber den bisherigen Abkommen bzw. Verhandlungsangeboten (von Madrid, Oslo, Wye River, Camp David und Taba) brachte die «Genfer Übereinkunft» einen Wechsel in der Verhandlungsmethode: Im Unterschied zu früheren Friedensverhandlungen kamen die Partner überein, keinen der strittigen Punkte (die Festlegung der Grenzen der beiden Staaten, den Status von Jerusalem, die Frage der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, den Zugang zu den «Heiligen Stätten», die Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems) auf eine spätere, zweite Verhandlungsphase zu verschieben. Vielmehr wurden für jedes einzelne Problem präzise Regelungen ausgearbeitet. Auf diese Weise dokumentierte sich mit der «Genfer Übereinkunft» der Wille der betroffenen Partner, für die strittigen Fragen in gemeinsamen Verhandlungen ernsthaft an Lösungen zu arbeiten. Allein durch diese Vorgehensweise und durch die Debatten, die durch die «Genfer Übereinkunft» ausgelöst worden sind, ist sie zu einem Faktor im politischen Prozeß im Nahen Osten geworden.

Zwischen Genf und Jerusalem

Daß die «Genfer Übereinkunft» neben Zustimmung auch schroffe Ablehnung bzw. Kritik an Details gefunden hat, ist nicht überraschend. Ernst zu nehmen ist die von Palästinensern aller politischen und gesellschaftlichen Positionen geäußerte Kritik an Artikel 7 des Genfer Textes, der das Flüchtlingsproblem regelt. Vorgeworfen wird dabei, die «Genfer Übereinkunft» erledige stillschweigend das Rückkehrrecht der Flüchtlinge, denn es verpflichte Israel nicht zu einer historischen Wiedergutmachung für das mit dem Krieg von 1948 geschaffene Flüchtlingsproblem, sondern Israel werde bloß wie andere Drittländer, die sich freiwillig angeboten haben, zur Aufnahme einer angemessenen Anzahl von Flüchtlingen verpflichtet, und zwar «aufgrund seiner souveränen Entscheidung». Zwar kann man gegen diese Kritik einwenden, Israel anerkenne implizit eine Wiedergutmachungsverpflichtung, enthält doch die «Genfer Übereinkunft» die Bestimmungen, daß erstens Israel nicht frei über die Zahl der von ihm aufzunehmenden Flüchtlinge bestimmen kann (Artikel 7, Absatz 4), und daß des weiteren Israel zusätzlich eine noch festzulegende Pauschale in einen internationalen Kompensationsfonds für palästinensische Flüchtlinge zahlen muß (Artikel 7, Absatz 9).

Der Erfolg der «Genfer Übereinkunft» hängt wesentlich davon ab, ob in dieser Kontroverse von den Verhandlungspartnern eine Einigung gefunden werden kann, die für die betroffenen Menschen einsichtig und akzeptabel ist. Dan Bar-On hat in seinen Studien mehrfach auf die komplexe Situation hingewiesen, die dazu geführt hat, daß bislang für eine Mehrheit in der israelischen Gesellschaft die Folgen nicht übersehbar sind, die sich aus einer Anerkennung ihres Anteils am palästinensischen Flüchtlingsproblem von 1948 ergeben können.² Zu Recht werden diese Folgen von ihm unübersehbar genannt, denn sie haben weniger mit einer Analyse der politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse zu tun als mit den Vorstellungen, die man sich darüber aufgrund bisheriger Erfahrungen mit seinen Gegnern und Nachbarn gemacht hat. Da hier weniger die realen politischen Verhältnisse als die Vorstellungen und Bilder, die man sich über diese gemacht hat, die Wahrnehmung des Gegners bestimmen, konzentrierte sich Dan Bar-On in seinen Forschungen auf die mentalen Wurzeln der Konflikte im israelisch-palästinensischen Zusammenleben.

Dan Bar-On setzt bei der Gründergeneration des Staates Israel an: Im Rahmen der zionistischen Ansiedlungen in Palästina und der Gründung des Staates Israel entstand eine Vorstellung von «israelischer Identität», in der sich der Bürger des neuen Staates von dem in der Diaspora lebenden Juden klar abzugrenzen hatte. Und doch kam es nie zu einem totalen Bruch mit der vor-zionistischen bzw. vor-israelischen Identität, wohl aber zu komplexen Verflechtungen zwischen den einzelnen Elementen. In diesem Schnittfeld

ZEITGESCHICHTE

Zwischen Genf und Jerusalem: Friedenssuche im Nahen Osten und die «Genfer Übereinkunft» – Ein neues Paradigma – Die strittigen Fragen – Zum Rückkehrrecht – *Dan Bar-Ons* sozialpsychologische Untersuchungen über die Gründergeneration – Stufen kollektiver Identität.

Nikolaus Klein

GESELLSCHAFT/GLOBALISIERUNG

Wohlstand für alle – virtuell: Der «UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft» – Die Tagung in Genf vom 10. bis 12. Dezember 2003 – Technologie- und Wissensrevolution – Privatisierung der Telekommunikation und deren Folgen – Beschränkte Einwirkungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft – Demokratiedefizit der Regierungen – Die verflogene Freiheit des Internet – Politische und gesellschaftliche Folgen der Politik nach dem 11. September 2001 – Der digitale Graben und seine Überwindung – Wem gehören Informationen und Wissen? – Fragmentierte und individualisierte Arbeit – Mehr Kontrolle durch den Staat? – Die Bedeutung der fünften Gewalt – Elemente einer Widerstandskultur – Das «Forum für Gemeinschaftsmedien» – Digitale Spaltung in der Schweiz (vgl. *Kasten*).

Roman Berger, Zürich

PHILOSOPHIE

Wie an Aufklärung festhalten? Philosophiekritik bei *Klaus Heinrich* – Das Projekt der Aufklärung und seine Dialektik – Festhalten an der Philosophie als Aufklärungsprozeß – Wissenschaft als Befreiungsunternehmen – Plädoyer für intradisziplinäre Forschung – Kants Abwehrbilder als Verneinung – Einspruch gegen unvermittelte Erfahrung – Komplizenschaft mit dem Schicksal – Gegen Heideggers Ausschaltung des kontextuell und individuell Spezifischen – Gegen die Entsprachlichung des Menschen – Heilsame Nötigung zur Übersetzung – Festnageln der Hoffnungsfahne.

Rolf Bossart, St. Gallen

KOLUMBIEN/MENSCHENRECHTE

Wer die Mächtigen anprangert, wird verfolgt: Interview mit *Abilio Peña* – Nach der Amtsübernahme von Präsident Alvaro Uribe Vélez – Der «Plan Colombia» und seine Folgen – Die «Doktrin demokratischer Sicherheit» – Der Kampf gegen den Terrorismus – Der Einsatz von Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen – Ein düsteres katholisches Panorama – Die Ökumenische Kommission Gerechtigkeit und Frieden – Kriminalisierungsstrategie der Regierung – Zur Rolle der Menschenrechtsarbeit – Rückkehr von Dorfgemeinschaften – Die Errichtung von «humanitären Zonen» – Der Einsatz internationaler Friedensbrigaden – Eingriffe gegen die Ökumenische Kommission – Internationale Verflechtungen – Option für das Leben in Würde.

Text, Interview und Übersetzung: Stefan Herbst, Bonn

der Kräfte bewegte sich auch das für das erste Jahrzehnt nach der Staatsgründung charakteristische Verschweigen der Shoah in der israelischen Gesellschaft. Erst mit dem Eichmann-Pozeß und dem Yom-Kippur-Krieg kam es zu einer Neubewertung der Lebensgeschichte der in Israel lebenden Überlebenden der Shoah, d.h. viele aus der Enkelgeneration begannen sich mit dem Schicksal ihrer Großeltern zu identifizieren, indem sie die aktuelle politische und militärische Bedrohung durch die Nachbarstaaten als ebenso gefährlich erlebten wie das, was die Generation ihrer Großeltern zu überstehen hatte. Dan Bar-On spricht in diesem Zusammenhang von einer monolithischen Phase eines gesellschaftlichen Konsenses, die sich erst im Verlaufe der achtziger Jahre aufzulösen begann. Erst damit wurde eine differenziertere Wahrnehmung des fremden Anderen möglich. Mit seinen wissenschaftlichen Veröffentlichungen und mit seiner Arbeit

mit Gesprächsgruppen zwischen Israelis und Palästinensern im «Peace Research Institute in the Middle East» hat Dan Bar-On das begriffliche und konzeptionelle Instrumentarium entwickelt, um Veränderungsprozesse dieser Art zu verstehen. Dabei geht er von der Maxime aus, daß Lösungsmöglichkeiten für die dabei aufbrechenden Konflikte in den Veränderungsprozessen selber erarbeitet werden können. Dadurch kann er die notwendigen Bedingungen für einen dauerhaften Frieden erschließen, wie er mit der «Genfer Übereinkunft» erreicht werden soll.

Nikolaus Klein

¹ Text veröffentlicht in Haaretz vom 19.10.2003; Vgl. Michael Walzer, *Erklärte Kriege – Kriegserklärungen*. Hamburg 2003, S. 125–151 (deutscher Text: www.reiner-bernstein.de).

² Vgl. Dan Bar-On, *Die «Anderen»* in uns. Dialog als Modell der interkulturellen Konfliktbewältigung. Sozialpsychologische Analysen zur kollektiven israelischen Identität. Körper-Stiftung, Hamburg 2001.

WOHLSTAND FÜR ALLE – VIRTUELL

Der «UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft»

Der Text ist feierlich und liest sich wie eine Verfassung. Die Grundsatzklärung, die am «World Summit on the Information Society» (WSIS) in Genf (10.–12. Dezember 2003) verabschiedet worden ist, verkündet in ihrem ersten Absatz: «We, the representatives of the peoples of the world, declare our common desire and commitment, to build a people-centred, inclusive and development oriented Information Society, where everyone can create, access, utilize and share information and knowledge ...» Die Zielsetzungen der Grundsatzklärung des WSIS sind nobel: Den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Das Schaffen, den Zugang und den Austausch von Informationen und Wissen ins Zentrum einer auf anhaltende Entwicklung ausgerichteten Informationsgesellschaft rücken.

Frühere UNO-Weltgipfel widmeten sich Teilaspekten, offenkundigen Fehlentwicklungen der Gesellschaft (Klima, Umweltschutz, Handel), um notwendige Korrekturen vornehmen zu können. Beim WSIS hingegen geht es um die Gesellschaft als Ganzes. Chancen und Gefahren der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sollen mit ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft vorweggenommen werden. Die weltweite Verbreitung von Computer, Telekommunikation und Internet wird die Welt so grundsätzlich verändern wie einst die industrielle Revolution Ende des 18. Jahrhunderts und alle Lebensbereiche durchdringen. Neue Regeln und Ordnungen sind notwendig.

Die gesellschaftspolitische Brisanz dieser Technologie- und Wissensrevolution steht in einem seltsamen Kontrast zur Organisation des WSIS. Mit der Durchführung des Gipfels, der nach Genf im Jahre 2005 in Tunis fortgesetzt werden soll, wurde die Internationale Telekommunikations Union (ITU) betraut. Diese Unterabteilung der UNO weiß wohl Bescheid über die technischen Übertragungswege von Kommunikation aber nicht über die politischen, kulturellen und sozialen Aspekte der Informationsgesellschaft. Wahrscheinlich war es aber auch kein Zufall, so glauben Kenner der UNO, daß die ITU und nicht etwa die UNESCO die Federführung für den WSIS übernehmen sollte. Die UNESCO hätte die Kernfragen der Informationsgesellschaft zweifellos anders gewichtet. Aber die UNO wollte sich offensichtlich nicht erneut mit so gewichtigen Mitgliedstaaten wie den USA und Großbritannien anlegen, die in den achtziger Jahren im Streit um die «Neue Internationale Informationsordnung» (MacBright-Bericht) aus der UNESCO ausgetreten waren.

In der ITU geben seit der weltweiten Liberalisierung in den neunziger Jahren nicht mehr die staatlichen PTT-Ministerien, sondern private Telekommunikationskonzerne den Ton an. Zu den Vorbereitungskonferenzen entsandten die Regierungen Vertreter der Kommunikations- und Handelsministerien. Zum ersten Mal durften an einem UNO-Weltgipfel nicht nur Wirtschaftsverbände, sondern auch einzelne Firmen teilnehmen.

Daraus ergab sich eine doppelte Repräsentation privatwirtschaftlicher Akteure, was von Beobachtern als bedenklicher Präzedenzfall für weitere Gipfel gewertet wurde. Die von der Internationalen Handelsorganisation vertretene Privatwirtschaft erhob am WSIS von Anfang an den Anspruch auf die Rolle des Mentors und Baumeisters der Informationsgesellschaft. Business vertraut auf die Selbstregulierung von Markt und Technik. Der Staat soll sich darauf beschränken, ein der technologischen Entwicklung «günstiges Umfeld» zu schaffen, Investitionshemmnisse abzubauen und dem Wettbewerb freien Lauf zu lassen.

Zivilgesellschaft: Input, aber kein Impact

Allerdings sollten beim WSIS die Regierungen und die Wirtschaft nicht ganz unter sich bleiben. Die Organisatoren haben eingesehen: Eine Konferenz über die Informationsgesellschaft ohne Einbezug der Gesellschaft wäre eine Farce. UNO-Generalsekretär *Kofi Annan* sprach von «neuen Formen internationaler Verhandlungen». Die UNO, unterstützt von den Regierungen der Industrieländer, reagiere auch auf die Legitimationskrise der Staaten und den wachsenden Druck der Globalisierungskritiker. NGOs, die eine hohe öffentliche Glaubwürdigkeit genießen, sollen von der Straße in die Konferenzsäle gebracht werden. So können Regierungen und Privatwirtschaft die NGOs gleichsam als Vertreter des «dritten Standes» integrieren.

In Genf hat diese «tripartite Struktur» (Regierungen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft) so funktioniert: Die NGOs durften mit ihrem Sachwissen und ihren Erfahrungen immer wieder Input leisten. Verhandelt und über die Dokumente abgestimmt wurde aber hinter verschlossenen Türen. Eine Karikatur in einer Broschüre von NGOs brachte es auf den Punkt: Am Konferenztisch gibt es zwei dicke Ledersessel, reserviert für Vertreter von Regierungen und der Privatwirtschaft. An den Tisch ist noch eine Holztribüne herangerollt worden: Stehplätze für die Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft konnte nicht als gleichberechtigte Partei auftreten und blieb auf den Stehplätzen. Das nach den neoliberalen Attacken der neunziger Jahre noch deutlicher spürbare Demokratiedefizit der Regierungen und der internationalen Politik kann nicht mit einer «tripartiten Kooperation» gelöst werden. Trotz der großen Enttäuschung verhielt sich die Zivilgesellschaft sehr zivil. In Genf flogen keine Steine. Die Auseinandersetzungen zwischen den in einem «Civil Society-Bureau» organisierten NGOs und den Regierungen beschränkten sich aber auf den Austausch von schriftlichen Erklärungen. Verbale Begegnungen, in denen die verschiedenen Standpunkte hätten offen debattiert werden können, fanden nicht statt. Die Debatte wurde verweigert. Am Schluß der Vorbereitungskonferenz sah sich die Zivilgesellschaft gezwungen, ihre eigene Erklärung zu veröffentlichen.

Das magische «E»

Die Überbrückung des «digitalen Grabens» ist das proklamierte Ziel des WSIS. Bis 2015 sollen alle Schulen, Spitäler, Bibliotheken, öffentliche Verwaltungen auf lokaler und nationaler Ebene ans große, weltweite Netz angeschlossen sein. «Connectivity» heißt das Zauberwort: E-Government, E-Development, E-Health, E-Education. Das magische E (electronic) scheint Wohlstand für alle in greifbare Nähe zu rücken, vorausgesetzt, daß die armen Länder in den traditionellen Entwicklungsbereichen Wirtschaft, Gesundheit, Politik, Erziehung die modernen IKT einsetzen.

Sogar die Weltbank hat in einem kurz vor dem WSIS veröffentlichten Bericht vor einer allzu großen E-Euphorie gewarnt. Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache. Das reichste Fünftel der Weltbevölkerung besitzt 86 Prozent des weltweiten Einkommens und stellt 93 Prozent der Internetnutzer. Am entgegengesetzten Ende der Skala verdient das ärmste Fünftel 1 Prozent des globalen Einkommens und macht 0,2 Prozent der Internetnutzer aus. Die Anzahl der afrikanischen Internetnutzer ist zwar zwischen 1997 und 2002 um das Sechsfache angestiegen. Aber 1997 wie 2002 entfallen nur 1 Prozent aller Internetnutzer weltweit auf den schwarzen Kontinent, bei ungefähr gleichem Wachstum auf den übrigen Kontinenten.

Die Internetnutzung nimmt zwar rasch zu, aber entlang den vorhandenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gräben. Nicht der universale Zugang zu den IKT wird gefördert, sondern die bereits vorhandene kommerzielle Expansionsdynamik.

Während für das reichste Fünftel der Erdbevölkerung Eigentum im Sinne von materiellen Dingen weniger wichtig wird, existieren die übrigen vier Fünftel außerhalb der elektronischen Zugänge. Sie sind mit dem Zwang zum Überleben beschäftigt. Nicht der Zugang zum Internet, sondern die Befriedigung der Grundbedürfnisse stehen im Vordergrund: Zugang zu Wasser, Elektrizität, Gesundheit, Alphabetisierung, Transport haben Priorität und erst dann der Zugang zu den neuen IKT. Die Vorstellung nach so vielen mißglückten Versuchen der «Entwickler», mit den IKT nun endlich den Catch-up zu bewirken, werde sich erneut als Illusion erweisen, warnt *Manuel Castells*.¹ Der spanische Soziologe stellt die entscheidende Frage: «Wird das Breitband dem Handwerker im Süden erlauben, eine internationale Klientel zu gewinnen und von ihr auch bezahlt zu werden?»

Viele Experten glauben allerdings, daß dank der Anwendung von IKT mindestens eine raschere Lösung für die Grundbedürfnisse gefunden werden kann. An einer Ausstellung am WSIS wurden Projekte und Pilotversuche gezeigt, wie Hilfswerke, internationale Entwicklungsorganisationen, Firmen und lokale Initiativen konkret IKT im Dienst der Armutsbekämpfung einsetzen. Zum Beispiel: In einem abgelegenen Dorf in Südafrika, ohne Strom, Wasser, Telefon und ausgebaute Straßen, erhält die Bevölkerung dank einer drahtlosen Internetverbindung lebenswichtige Informationen, etwa Anleitungen zur Aids- und Krebsprävention. Viele Bewohner erfahren so erstmals, daß es staatliche Unterstützungsprogramme wie Kinderzulagen oder Altersrenten gibt. In den meisten Siedlungen aber wäre eine solche Internetverbindung sinnlos, weil niemand einen Computer bedienen kann.

Wem gehören Information und Wissen?

Die französische Sozioökonomin *Marie Thorndahl*² fordert auf, über den digitalen Graben hinaus zu schauen. Sie wehrt sich gegen die quantitative lineare Relation zwischen den «Haben-den» und den «Habenichtsen». Der Akzent liege auf dem, was die Industrieländer besitzen und was den Entwicklungsländern fehlt: Technologie, Infrastruktur, Wissen und technisches Know-

¹ Manuel Castells, *Das Informationszeitalter*. Band 1. Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Leske und Budrich Verlag, Opladen 2003, S. 318.

² Marie Thorndahl, *Aussichten auf virtuellen Wohlstand*. Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik. Genf 2003, S. 3–27.

how. Angeprangert werde nie der Informationsüberfluß im Norden, sondern das Informationsdefizit im Süden, obwohl es zur Entstehung des Problems ja beide braucht – die «Info-Reichen» und die «Info-Armen».

Über die neuen Strukturen der Informationsgesellschaft wird nicht im Süden, sondern im Norden entschieden. Information und Wissen sind die Rohstoffe des 21. Jahrhunderts. Wem gehören sie? Wem gehört das Internet, wer kontrolliert den Zugang zum weltweiten Netzwerk? Es geht um viel Macht und Geld. Darum erwartete auch niemand, daß in Genf auf diese Fragen eine Antwort gefunden werden kann. Aber auch eine offene Debatte über diese brisanten Themen wurde von den führenden Staaten des Nordens und der Wirtschaft abgeblockt. Zum Beispiel über die Frage der frei verfügbaren Software. Es ist heute unbestritten, daß für arme Länder, aber auch für die von Steuergeldern abhängigen Bildungsanstalten und die öffentliche Verwaltung in den reichen Ländern, die freie Software große Vorteile bietet. Sie ist viel billiger und übers Internet frei zugänglich. Gleichzeitig bietet die freie Software Unabhängigkeit gegenüber amerikanischen Großkonzernen wie Microsoft. Auch die offizielle Delegation der Schweiz, die als Gastgeberland des WSIS eine wichtige Rolle spielte, vertrat in einem Positionspapier im Frühjahr 2003, die freie Software müsse gefördert werden. Unter dem starken Druck der USA (Microsoft) wurde diese Empfehlung aus dem Entwurf für die Grundsatzklärung hinausgekippt. Jetzt wird in den offiziellen Dokumenten des WSIS die Wahl der Software als neutrale, rein technische Frage dargestellt.

Ähnlich explosiv ist die Debatte um das Urheberrecht. In der vernetzten Gesellschaft tritt der «Zugang» an die Stelle des Eigentums. Herkömmlich wird Eigentum mit dem Recht definiert, andere auszuschließen. Doch gibt es auch das Recht, vom Gebrauch oder dem Genuß von bestimmten Dingen *nicht* ausgeschlossen werden zu können. Wenn in der vernetzten Welt immer mehr Wissen, Information und Kultur (akkumulierte Ressourcen der ganzen Gesellschaft) zur Ware wird, dann muß der Eigentumsbegriff wieder erweitert werden, auch auf das Recht, vom Zugang nicht ausgeschlossen zu werden.

Diese Position vertrat in Genf eine Allianz von Staaten wie Brasilien, Südafrika, Indien und den NGOs des Nordens. Sie fordern, daß öffentlich gefördertes Wissen auch unentgeltlich für die Öffentlichkeit zugänglich sein muß. Die Staaten sollten dazu verpflichtet werden, die «Wissensallmend», also den gemeinnützigen Bereich des Wissens, systematisch zu schützen und ihre Ausdehnung zu fördern. Zum Beispiel durch den kostenfreien digitalen Zugang zu öffentlichen Datenbanken, Universitätsbibliotheken und Vorlesungsmanuskripten. Es geht um ein neues Verständnis von Wissen als öffentliches Gut, als Teil der «global commons», das der privaten Verwertung entzogen bleibt.

Burg Rothenfels 2004

Die Last des Lebens leichtern. Menschliche Schuld und christliche Feiern der Versöhnung. 5. Rothenfelser Liturgietagung mit Prof. Dr. Benedikt Kranemann, Prof. Dr. Reinhard Messner, Prof. Dr. Dorothea Sattler, Prof. Dr. Hanne Seitz, Prof. Dr. Heribert Wahl vom 11.–13.2.2004

Gotteskinderinnen. Die Prophetinnen in der Hebräischen Bibel mit Prof. Dr. Irmtraud Fischer vom 27.–29.2.2004

Im Islam leben und sterben wir alle. Goethe und der Islam mit Prof. Dr. Katharina Mommsen, Prof. Dr. Karl-Josef Kuschel vom 12.–14.3.2004

Information und Anmeldung: Burg Rothenfels, 97851 Rothenfels, Tel.: 09393-99999, Fax 99997, Internet: www.burg-rothenfels.de; E-Mail: verwaltung@burg-rothenfels.de

In der Grundsatzklärung des WSIS wird das Urheberrecht nur auf fünf Zeilen abgehandelt. Die im Entwurf noch stipulierte Forderung nach einem «ausgewogenen Verhältnis zwischen dem Schutz und der Nutzung des geistigen Eigentums» fehlt. Die führenden Länder des Nordens, vereint mit den Medienkonzernen, wollen diese für die Informationsgesellschaft entscheidende Problematik in der Welthandelsorganisation (WTO) und WIPO (World Intellectual Property Organisation) ungestört von den Vertretern der Zivilgesellschaft unter sich aushandeln.

Fragmentierte und individualisierte Arbeit

Was passiert in der Informationsgesellschaft mit der Arbeitswelt? Manuel Castells stellt eine düstere Prognose: «Die Arbeitenden verschwinden nicht im Raum der Ströme. Aber wenn nun Arbeit, Arbeitende und arbeitende Klasse auf der ganzen Welt zwar existieren und sogar zahlenmäßig zunehmen, so werden doch die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit tiefgreifend transformiert. Kapital ist im Kern global. Arbeit ist in der Regel lokal. Der Informationismus führt in seiner geschichtlichen Wirklichkeit gerade unter Einsatz der dezentralisierenden Macht der Netzwerke zur Konzentration und Globalisierung des Kapitals. Die Arbeit wird in ihrer Ausführung weiter in ihre Bestandteile zerlegt, in ihrer Organisation fragmentiert, in ihrer Existenz diversifiziert, in ihrer kollektiven Aktion gespalten. Die Netzwerke konvergieren in ein Meta-Netzwerk des Kapitals, das die kapitalistischen Interessen auf globaler Ebene und quer durch Sektoren und Tätigkeitsbereiche integriert. Die Arbeit verliert ihre kollektive Identität und wird im Hinblick auf Fähigkeiten, Arbeitsbedingungen sowie Interessen und Projekte immer stärker individualisiert.»³

Zur Arbeitswelt findet man in der Grundsatzklärung des WSIS gerade den vagen Hinweis, «daß in der Informationsgesellschaft die Arbeitsbedingungen den Grundsätzen des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) entsprechen sollen». An diesem Versäumnis schuld sind auch die internationalen Gewerkschaften, die sich mit ihrem Grundanliegen Arbeitswelt erst spät in den Verhandlungsprozeß eingebracht haben.⁴

Mehr Kontrolle durch den Staat anstatt über den Staat

Noch 1994 verkündete der US-Vizepräsident *Al Gore* an einer ITU-Konferenz folgende Vision: «Dank den IKT könnten Bürgerinnen und Bürger ihre Kontrolle über den Staat verbessern, indem sie auf Informationen in öffentlichen Datenbanken zugreifen, mit ihren politischen Vertretern online interagieren, politische Ereignisse live verfolgen. Eine neue Athenische Demokratie werde Wirklichkeit.»

Die Hoffnungen auf eine Art globale Landsgemeinde via Kabelnetze sind inzwischen wieder verflogen. Eine im Vorfeld des WSIS publizierte britische Studie «Silenced» (Zum Schweigen gebracht) zeigt auf, wie seit dem 11. September 2001 die Überwachung des Internets durch die Regierungen vor allem in den USA und Großbritannien massiv verstärkt worden ist. Das Fazit der Studie: Unter dem Vorwand der Sicherheit und Terrorismusbekämpfung versuchen diese Regierungen die Kontrolle über das Internet wieder zurückzugewinnen, die ihnen vor dem «11.9.» zu entgleiten drohte. Neue Techniken zur Überwachung sind entwickelt worden, welche das Internet von einem demokratischen Medium zu einem Medium der Kontrolle umdrehen können. Gemäß «Silenced» sind diese Technologien bereits zu einem lukrativen Exportgeschäft von Rüstungsfirmen geworden, die auch Länder beliefern, die wegen ihren Verstößen gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit vom Westen kritisiert werden.

³ Manuel Castells, S. 533.

⁴ Wolf Ludwig, Genfer UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft. Anspruch und Wirklichkeit eines Aushandlungsprozesses, in: Widerspruch Nr. 45, 23. Jg./2. Halbjahr 2003, S. 99.

Das Internet macht es mit kleinem Aufwand möglich, faktisch grenzenlos Daten zu sammeln und sie zur «Durchleuchtung» und Kontrolle von Personen zu gebrauchen. Der Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich, *Bruno Baeriswyl*, macht auf beängstigende Perspektiven aufmerksam.⁵ Umfassende «Data-Warehousing-Systeme» würden aufgebaut, die eine rasche Verknüpfung und Auswertung von Daten zulassen. Mit «Data-Mining-Methoden» werde versucht, aus einem bestimmten Informationsstamm weitere Schlüsse auch auf das zukünftige Verhalten einer Person zu ziehen. Das Erstellen solcher Persönlichkeitsprofile für wirtschaftliche Zwecke bedeute einen schweren Eingriff in die Privatsphäre der betroffenen Personen. Auch im staatlichen Bereich werden Datenpools errichtet. Das umfassendste dieser Systeme wird gemäß Baeriswyl zur Zeit in den USA unter dem Titel «Total Information Awareness» aufgebaut. Hier werden aus möglichst vielen Datenquellen, Gesundheit, Finanz, Reisen, Fakten zusammengeführt, nach bestimmten Kriterien sortiert, um neue Informationen und Profile über bestimmte Personen zu erhalten. In Genf kam es zu «unheiligen Allianzen» zwischen den USA, Rußland und China, wenn es um die militärische Sicherheit ging. Für diese und andere Regierungen hat die staatliche Sicherheit Priorität über Datenschutz, Privatsphäre und Menschenrechte.

Es braucht eine fünfte Gewalt

Nur mit großer Mühe und erst kurz vor Torschluß konnte sich der WSIS auf einen Konsens einigen, daß in der Informationsgesellschaft auch die traditionellen Medien (Radio, Presse, TV) weiterhin eine wichtige Funktion haben. Einige Staaten (China, Vietnam, Kuba) erhoben sogar Einspruch gegen den expliziten Hinweis auf Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Immerhin eine Grundsatzklärung aus dem Jahre 1948, in der Meinungs- und Informationsfreiheit garantiert wurden.

Dieser hartnäckige Widerstand autoritärer Regime war aber nur möglich, weil auch in westlichen Staaten Pluralismus und Informationsfreiheit unter Druck geraten sind. Hier aber sind es nicht Regierungen, sondern die Medien, die sich selber zur größten Gefahr geworden sind. *Ignazio Ramonet*, Chefredaktor von «Le Monde Diplomatique», meinte an einer Parallelveranstaltung während des WSIS: «Früher verkauften die Massen-Medien Informationen und Reklame an die Massen. Heute haben sie eine umgekehrte Funktion. Die Massen werden der Werbung verkauft. Die Grenzen zwischen Journalismus, Reklame, Public Relations sind fließend geworden. Die frühere vierte Gewalt ist selber wirtschaftliche Macht geworden.» Deshalb fordert Ramonet eine fünfte Gewalt, gebildet aus der kritischen Öffentlichkeit. Die Loslösung der «mass-media» von den Massen ist in den USA am weitesten fortgeschritten. Hier dominiert die Vorstellung, wonach Liberalisierung und Kommerzialisierung von Kommunikation und Information grenzüberschreitende Medienstrukturen schaffen und so die Welt in das berühmte «globale Dorf» verwandeln werden, wo es keine Konflikte mehr gibt. Nicht durch Zwang, sondern durch «weiche Mittel» andere dazu bringen, daß sie das wollen, was man von ihnen möchte. So könnte man die Soft-Power-Doktrin einer «Pax Americana» umschreiben.

Das Internet wird mit den Heeresstraßen des Römischen Reiches und den Eisenbahnen verglichen, die für die Kolonialmächte im 19. und 20. Jahrhundert die Transportwege zu neuen Märkten, Rohstoffen und Arbeitskräften erweiterten. Das World Wide Web (www) steht nun aber für etwas fundamental Neues: Das Netzwerk ist gleichzeitig Ort der Produktion und Zirkulation. Weil im Internet die drei-industriellen Sektoren Computer (Text), Fernsehen (Bild) und Telefon (Ton) zu einem integrierten Kommunikationsnetz verschmelzen, können wenige kom-

⁵ Bruno Baeriswyl, Datenschutz oder Verlust der Privatsphäre?, in: Bulletin. Magazin der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, Nr. 291, Nov. 2003.

merzielle Unternehmen in einem historisch beispiellosen Ausmaß kontrollieren, wie die Menschen miteinander verkehren und kommunizieren. Die Liberalisierung des Medienmarktes, verbunden mit den neuen Technologien, hat in den USA zu einem «Kommunikationskartell von einer Handvoll von Mediengiganten» (*Ben Badigkian*, Medienhistoriker und ehemaliger Ombudsman der «Washington Post») geführt.

Widerstandskultur

Aus amerikanischer Sicht hat der ehemalige General und heutige US-Außenminister *Colin Powell* schon 2000 davor gewarnt: «Wenn die digitale Apartheid nicht abgeschafft wird, werden die Ausgegrenzten der digitalen Ära noch ärmer, noch fortschrittsskeptischer und unfähiger, die qualifizierten Arbeiter und Konsumenten zu werden, die wir brauchen, um das Wachstum der Internet-Wirtschaft zu unterstützen.» Zu den «Fortschrittsskeptischen» gehören aber auch Vernetzte, Menschen, die zwar Bilder und Informationen aus New York und Zürich erhalten, aber feststellen müssen, wie sehr diese Bilder mit den Realitäten ihres Alltages kontrastieren. Es existiert somit auch ein umgekehrter Teufelskreis. Je mehr CNN und Microsoft die «Informationsgesellschaft» durchdringen, desto mehr wachsen Neid und Haß auf das westliche Gesellschafts- und Informationsmodell. Weil verstanden wird, daß am Schluß die kulturelle Identität zum Opfer fällt und neue soziale, wirtschaftliche und politische Gräben aufgerissen werden. Die Globalisierung der Informationstechnologien kann deshalb auch gegenteilige Reaktionen auslösen: Aggressionen und eine völlige Abkehr von westlichen Werten. Die Soft Power wird zu einem zerstörerischen Bumerang. Der Mythos vom «global village» ist spätestens am 11. September 2001 zerstört worden.⁶

Wenn die Pläne für eine höchstmögliche Ausweitung der «Soft Power» mißlingen und sich die «Überwindung des digitalen Grabens» – wie frühere groß angekündigte Entwicklungsprogramme auch – als kurzlebiger Slogan erweisen, dann bleiben Nutzungsnischen für die Ausgegrenzten übrig. Am von Hightech und Wirtschaft dominierten WSIS gab es denn auch Stimmen, die an die Chancen einer anderen Informationsgesellschaft glauben. Man muß sie nur nützen.

Im vierten Stock des Genfer «Théâtre de l'Usine» herrschte während des WSIS ein ungewöhnliches Treiben. Hier hatten Medienaktivisten ihren «Gegengipfel» eingerichtet. «Wir verlassen jetzt Argentinien, da die Sonne sich weiter um den Globus bewegt, und kommen nach Mexiko, von wo wir Filmaufnahmen von der Selbstorganisation in den zapatistischen Gemeinschaften haben», erzählt der Mann am Mischpult, versteckt hinter einem Berg von Computern, Kabeln und Bildschirmen. Der «High Noon»-Videostream hat begonnen und bringt Filme und Interviews über lokale Realitäten rund um den Erdball aus Regionen, wo die Sonne gerade den Höchststand erreicht. «Streaming» heißt das in der Sprache der Cyberspace-Freaks: Gegen den Strom schwimmen, auf autonomen Kanälen Bilder und Ton verbreiten und damit die bestehenden Medienstrukturen unterwandern. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt von kanadischen, spanischen, deutschen, italienischen und anderen Medienaktivisten. Ein Experiment, eine Idee, die mehr von symbolischer Bedeutung ist. Für einen rund dreißigjährigen Videofachmann aus Italien heißt das: «Die Menschheit darf sich nicht von Microsoft und CNN kolonialisieren lassen, sie muß sich die Medien wieder zurückerobern und den lokalen Stimmen Gehör schaffen.» Einige der Medienaktivisten, die sich bleich und verschlafen über selbstgebastelte Computer beugen, sind gutbezahlte Informantiker von bekannten Firmen. Sie sind sich bewußt, daß die neuen IKT nicht einfach Werkzeuge sind, sondern Prozesse, die entwickelt werden können. Anwender (user) können Entwickler werden, welche die Kontrolle über die Technologie übernehmen.

⁶ Vgl. dazu Dominique Wolton, *L'autre mondialisation*. Flammarion, Paris 2003.

«Weniger als 30 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer mit einem Monatseinkommen unter 8000 Franken nutzen das Internet regelmäßig. Mehr als 60 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer mit einem höheren Einkommen sind Webnutzer. Haushalte mit einem Einkommen unter 3000 Franken sind rund viermal weniger häufig mit einem PC ausgestattet als Haushalte mit einem Einkommen von 9000 Franken oder mehr. ... Obwohl bei der Ausstattung mit IKT-Gütern wie bei deren Nutzung ständige Zuwächse in allen Schichten der Bevölkerung zu verzeichnen sind, werden die Zugangsklüfte zwischen verschiedenen sozialen Segmenten nicht kleiner.»

Bei den geschlechtsspezifischen Zugangsunterschieden stellt *Sabine Brenner* vom Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) fest, «dass sowohl die Mehrheit der Männer wie der Frauen im Jahre 2003 die Möglichkeit hat, das Internet zu nutzen. Bei den Männern liegt der Anteil bei 74 Prozent, bei den Frauen sind es 53 Prozent. Allerdings holen die Frauen den Männern gegenüber nicht wirklich auf: Bei beiden Geschlechtern nimmt die Anzahl derer zu, die das Internet nutzen können, jedoch sind es seit Jahren beinahe konstant 20 Prozent mehr Männer als Frauen.»

Sabine Brenner zitiert die OECD-Studie PISA 2000. Dort wird ein enger Zusammenhang zwischen der allgemeinen Lesefähigkeit und den Kompetenzen im Umgang mit dem Computer hergestellt. 20 Prozent der Jugendlichen sind am Ende ihrer Schulzeit nicht oder nur ansatzweise in der Lage, aus einem geschriebenen Text einfache Informationen zu entnehmen. Diese Jugendlichen sind auch weit davon entfernt, Computer und Internet souverän einsetzen zu können. Besonders betroffen sind hier fremdsprachige Jugendliche, die auch im Elternhaus weniger häufig über Computer und Internet verfügen.

Sabine Brenner, Unterwegs zu einer gespaltenen Gesellschaft?, in: *Bulletin. Magazin der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich*, Nr. 291, Nov. 2003

In den USA und auch in Europa wurden ehemalige «Hacker» Pioniere für die Computer- und Softwareentwicklung. Der Führer der Zapatisten, *Subcomandante Marcos*, meldet sich über Internet aus den Wäldern Chiapas⁷, die tschetschenischen Rebellen haben ihre eigenen Internetsites.

Die Schweizer Behörden rechneten für den WSIS mit Großdemonstrationen und sorgten für ein entsprechendes Sicherheitsaufgebot. Von einer (relativ bescheidenen) Medien-Berichterstattung abgesehen, ging der WSIS fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit über die Bühne. Am Genfer Gipfel fehlte die «traditionelle» globalisierungskritische Bewegung. «Sie ist zwar mit Hilfe der IKT stark geworden, hat aber noch nicht verstanden, welche zentrale Rolle die konkrete gesellschaftliche Ausgestaltung der Kommunikationstechnologien in der Globalisierung spielt», meint *Myriam Horngren* selbstkritisch. Sie gehört zu CRIS (Communication Rights in the Information Society), einer Koalition von NGOs, die das Recht auf Kommunikation in der Informationsgesellschaft fordern. Ihre These lautet: Es gibt keinen Mangel an Informationen, sondern einen Mangel an Kommunikation zwischen und innerhalb der Gesellschaften. Anstatt von Informationsgesellschaft sollte man von Kommunikationsgesellschaften (plural) sprechen.

An einem «Forum für Gemeinschaftsmedien» demonstrierte CRIS, wo sich die großen «schwarzen Löcher des informationellen Kapitalismus» (Castells) befinden und wie sie gefüllt werden können. Sie existieren nicht nur im Süden, sondern auch im Norden, in den Innerstadt-Ghettos der USA oder den französischen Banlieues, überall dort, wo es Marginalisierte oder Ausgeschlossene gibt, deren Existenz aber in den Medien ausgeblendet wird. Gemeinschaftsradio heißt eine Alternative. Auch fernab von

Elektrizität und Telefon können mit bescheidenen Mitteln Radiosender von und für die Lokalbevölkerung betrieben werden. Die «Community Media», für einen Großteil der Weltbevölkerung noch auf lange Zeit die einzige Informations- und Kommunikationsmöglichkeit, fanden aber in den Dokumenten des WSIS keinen Platz. Die großen Medienkonzerne in vielen Ländern des Südens wollen keine unabhängigen Radios. Sie treffen sich mit den Interessen der Regierungen, die vor basisorientierten Lokalmedien Angst haben.

Solche Widersprüche konnten an den «Side Events» des WSIS ausgesprochen und debattiert werden. Sie zeigen auf, wie repräsentativ die Grundsatzerklärung in Wirklichkeit ist, welche die «representatives of the peoples of the world» am WSIS verabschiedet haben. Das Dokument ist denn auch keine völkerrechtlich verbindliche Konvention, könnte aber bei kommenden Ver-

handlungen Referenzcharakter bekommen. Gehandelt wird in der WTO, an den Gipfeln der G8 und von GATS. In diesen Institutionen geben aber jene Interessen den Ton an, die immer mehr Anteile aus Bildung, Medien, Kommunikation und Information in den Markt freigeben wollen. Information, Wissen und Kultur sind jedoch öffentliche Güter und dürfen nicht wie kommerzielle materielle Produkte und Dienstleistungen als Waren behandelt werden. Dieser Prozeß muß gestoppt werden.

Darüber ist sich ein Großteil der am WSIS engagierten NGOs einig. Das Thema Informationsgesellschaft war bis zum WSIS Sache der Regierungen und der Privatwirtschaft. Mit Genf bekam die Gesellschaft erstmals Gelegenheit, sich auf einem großen internationalen Forum zur Informationsgesellschaft mindestens zu Wort zu melden. Das ist die Bedeutung des Genfer WSIS.
Roman Berger, Zürich

Wie an Aufklärung festhalten?

Philosophiekritik bei Klaus Heinrich

Der Zynismus allen humanistischen und emanzipatorischen Projekten gegenüber, der seit der Französischen Revolution nie aus der Mode gekommen ist und in den letzten zehn Jahren wieder einen Höhepunkt erreichte, hat seinen Antrieb in den enttäuschten Hoffnungen auf den immer wieder versprochenen und nie ganz eingetretenen unzweideutigen Fortschritt der menschlichen Gattung. Denn wer nicht wie *Ernst Bloch* Hoffnung per se als enttäuschbar begreift, meint an ihrer Stelle Zuversicht, die, wenn nicht eintritt, was man einigermaßen sicher erwartet hatte, umschlägt in Wut auf das, was etwas versprochen hat, ohne es einhalten zu können. Das Versprechen der Aufklärung, erhellendes Licht in alle menschlichen Verhältnisse zu tragen, war und ist von Anfang an ein prekäres und zweideutiges Unternehmen, das eher langatmige Hoffnung im Blochschen Sinne als ungeduldige Zuversicht nötig hat: «Hoffnung nagelt aber doch immerhin eine Flagge an den Mast, auch im Untergang, indem er nicht akzeptiert wird, auch wenn er noch so mächtig ist.»¹

Um aber jene Enttäuschten, die uns zynisch das Bessere, das sie sich für die Zukunft einmal deutlich haben vorstellen können, nun als das Hier und Jetzt vorstellen, wieder zu Hoffenden zu machen und um jene, die nichts mehr wissen vom kritischen Bewußtsein der Korrigierbarkeit der Welt, zu Wissenden zu machen, braucht es nichts Geringeres als das zähe Festhalten an aufklärender Philosophie. Das ist auf der einen Seite die Kritik an allen, die mit ihrem großen Versprechen dafür stehen, mit ihrem Ungenügen aber dagegen. Und auf der anderen Seite das schonungslose Aufdecken dessen, wofür die Gegenaufklärung steht und wer und was dazu zu zählen ist. Als folgenreichster Vertreter seiner Sache steht auf der ersten Seite *Immanuel Kant* und auf der zweiten Seite *Martin Heidegger*.

Wissenschaft als Befreiungsunternehmen

Klaus Heinrich hat mit und durch die spezifischen Stoffe der Mythologie hindurch, gegen Remythologisierung², seine ganze wissenschaftliche Deutungsarbeit in den Dienst des oben skizzierten Unternehmens gestellt. Heinrich, 1927 geboren, ist emeritierter Professor für Religionswissenschaft auf religionsphilosophischer Grundlage an der Freien Universität Berlin. Er war 1948 studentischer Mitbegründer dieser Universität und blieb ihr über die ganze Zeit seiner Lehrtätigkeit kritisch verbunden. Zu einer größeren Bekanntheit gelangte er in den sechziger Jahren mit seiner Schrift «Versuch über die Schwierigkeit nein zu

sagen». Sein Hauptwerk jedoch sind die Dahlemer Vorlesungen, die nach Tonbandaufzeichnungen seiner Studenten im Stroemfeld-Verlag erscheinen. Sie sind der Versuch, am Pathos der Aufklärung durch alle Verdrängungen der abendländischen Wissenschaftsgeschichte und durch die Stoffe der Mythologie und der Religionsgeschichte hindurch festzuhalten und es gegen alle Resignation und Regression zu verteidigen und weiterzuentwickeln.

Klaus Heinrich ist mit dem Freudschen Instrumentarium Analytiker der menschlichen Gattung und Forscher über das Verdrängte in den abendländischen Wissenschaften. In der Tradition des großen Aufklärers *Freud* vertraut Heinrichs Begriff von Philosophie darauf, daß unversöhnliche Gegensätze, Verdrängung und Wiederkehr des Verdrängten, noch und bereits wieder übermächtige Ursprungsmächte, also alles, was bisherige Befreiungsversuche hat scheitern oder stocken lassen, durch permanente Aufklärung in Prozessen immer und immer noch angreifbar, wandelbar und aufbrechbar ist. Festzuhalten am alten Aufklärungsbegriff heißt also das Wissen darum, daß dieses Alte selbst mal ein Neues war, also wandelbar und übersetzbar ist in neue Antworten auf alte Fragen und in neue Fragen an alte Antworten.

Folgerichtig betreibt Klaus Heinrich in seinen Vorlesungen³ in bester Tradition und zugleich verwandelter Form Religionskritik, nun als Kritik einer Philosophie beziehungsweise Wissenschaft mit quasi heilsgeschichtlichem Anspruch, deren Erkenntnisinteresse Erkenntnismöglichkeiten ausschließt, deren Aufklärung Verdrängung miteinschließt, deren Entwicklungsrichtung Entwicklung verhindert, deren absoluter Geltungsanspruch auf absoluter Partikularität besteht. Der in isolierten Disziplinen disziplinierten Wissenschaft, die deshalb ohne Zugriffsmöglichkeit auf die Totalität realer Prozesse und Konflikte der menschlichen Gattung als Gesamtes bleibt, hält Klaus Heinrich das Bewußtsein vor, daß die Ordnung und die Unterteilung der Dinge und des Wissens immer eine zeitlich bedingte ist, die ihren Grund in den aktuellen Verhältnissen der Menschen unter sich und zur Natur hat. Das Problem einer ausschließenden und gleichzeitig eingeschlossenen Erkenntnisproduktion durch die Wissenschaft läßt sich am Motiv von Spaltung und Trennung gut darstellen.⁴

Spaltung und Trennung erfaßt Klaus Heinrich dialektisch als Nutzen und Nachteil in ihrer gattungsgeschichtlichen Dimension. Spaltung ist (notwendiger) Schutzversuch gegen das Rohe,

¹ Ernst Bloch, *Utopische Landschaften*. Ausstellungskatalog. Ludwigshafen 1992, S. 29.

² Denn «aktuelle Konflikte, nicht deren Lösungen bietet die Mythologie» (Klaus Heinrich, *Vernunft und Mythos*. Ausgewählte Texte. Basel-Frankfurt 1992, S. 108).

³ Bis jetzt sind im Stroemfeld-Verlag fünf Bände der Dahlemer Vorlesungen nach Tonbandaufzeichnungen erschienen.

⁴ Vgl.: Klaus Heinrich, *Vom Nutzen und Nachteil der Spaltung*, in: Ders., *Anfangen mit Freud*. Basel-Frankfurt 1997, S. 69–93.

Ungebändigte in der Natur, Symptom für die Zweideutigkeit menschlicher Existenzformen, patriarchaler Lösungsversuch der Geschlechterspannung durch Teilung des Weiblichen in verschlingende Drachen und lebensspendende Gottesmütter, Versiegelung von Spaltung durch Nicht-Spaltung in der christologischen Zwei-Naturen-Lehre, schließlich das Verharmlosen von Spaltung als Abspaltung und deren falsche Auflösung in bloßer Wiedervereinigung.

Dagegen setzt Klaus Heinrich ein Denken, das sowohl inhaltlich als auch methodisch gegen Spaltung Vermischung und gegen die Verneinung von Spaltung durch Vereinheitlichung das Zweideutige in den Prozessen und Dingen behauptet. Ich zitiere dazu einen Abschnitt aus einer frühen Methoden-Apologie von Klaus Heinrich: «Man wird dem Verfasser vorwerfen, daß er die Disziplinen vermenge: Lyrik, Logik, Psychoanalyse; Ontologie und Ethik; Religionswissenschaft und Kulturkritik. Man wird ihm vorwerfen, daß er die *Sphären* vermische: des menschlichen Leibes und der menschlichen Seele, Natur und Geschichte, ethische und ästhetische Sphären, Theorie und Praxis. – Ich habe nur eine Verteidigung: daß alle Bereiche, Sphären, Disziplinen, ohne die wir hilflos ausgeliefert wären den Mächten der Natur und unser selbst, nicht endgültig scheiden. Daß wir fragen können, was in ihnen trifft uns unbedingt? Welche Erschütterung zwingt uns diese Sphären und Bereiche, gerade sie und keine anderen, zu unterscheiden? Worauf antworten sie? Was offenbart sich in ihnen? Wovon schützen sie uns? Was würde geschehen, wenn sie nicht wären?»⁵

Wer so fragt, ist ohne jede Kapitulation, die sich heute im philosophischen Diskurs über die Geisteswissenschaften gerne als Selbstbescheidung tarnt, unbeirrbar an der Veränderungs- und Überwindungsmöglichkeit aller Verhältnisse interessiert.

Wer so fragt, versteht Wissenschaft als Befreiungsunternehmen und prüft gerade deshalb aufgeklärte Wissenschaft auf ihre Aufklärungskraft, ob sie immer noch der Ort ist «jener geistigen Präsenz, die vor keinem noch so zersetzenden analytischen Unternehmen zurückschreckt».⁶ So Klaus Heinrich zum Anfangspathos der Freien Universität Berlin.

Kants Abwehrbilder als Verneinung

In der dritten Dahlemer Vorlesung «arbeiten mit ödipus» hat Klaus Heinrich dieses Pathos umgesetzt. Am Beispiel der Ödipus-Stoff-Rezeption hat er das beträchtliche Verdrängungspotential von verschiedenen philosophischen Entwürfen herausgearbeitet und gefragt: «wieweit die wissenschaftlich-technische, von der Aufklärungsphilosophie in ihren wichtigsten Begriffen getragene Zivilisation nicht überhaupt etwas ist, was Verdrängung begünstigt?»⁷

Wichtigster Zeuge für diese These ist Immanuel Kant, genauer seine Erkenntnistheorie, wie er sie in der Kritik der reinen Vernunft ausführt. Kants Systematisierungen von Anschauung, Vorstellung und Begriff im Erkenntnisprozeß zielen auf Einheitlichkeit, auf die immer gleiche Art der Erfahrungsverarbeitung. So ist Erkenntnis die Verarbeitung des von Kant sogenannten rohen Stoffes nach den ständig gleichen Produktionsweisen.⁸ Dieser rohe Stoff, oder anders genannt das «unverbunden Mannigfaltige», als bloße Wahrnehmungen, Empfindungen, Erfahrungen ist bei Kant unwesentlich, unbedeutend, weil es gewissermaßen dem Begreifen vorgelagert ist. Es ist als Rohmaterial vor der Erkenntnisproduktion unbrauchbar für die wissenschaftliche Verwendung. – Und doch ist gerade dieses «unverbunden Mannigfaltige» für Kant Anlaß für drastische Abwehrbilder. Denn Kant fragt sich, was wäre, wenn dieser rohe Stoff, dieses gleich-

sam undomestizierte Material doch nicht unwesentlich, sondern wirkmächtig wäre? Was wäre, wenn etwas, des vom rationalen Interesse nach Aufklärung und Bearbeitung abgekoppelten Bereichs, plötzlich die säuberlich festgelegte Erkenntnisproduktion stören könnte? Dann, schreibt Kant, «würde der Zinnober bald rot, bald schwarz, bald leicht, bald schwer sein, ein Mensch bald in diese, bald in jene tierische Gestalt verändert werden, am längsten Tage bald das Land mit Früchten, bald mit Eis und Schnee bedeckt sein (...) oder auch eben dasselbe Ding bald so bald anders benannt (werden), ohne daß hierin eine gewisse Regel, der die Erscheinungen schon von selbst unterworfen sind, herrschte, so könnte keine empirische Synthesis der Vernunft stattfinden».⁹ Psychoanalytisch gesprochen sind Kants Abwehrbilder als Verneinung Indiz für das, was dadurch verdrängt werden soll. Es sind ersten Versuche zur qualitativen Stoffveränderung durch Vermischungsprozesse, wie sie die Alchemie durchführt (schwarzer Zinnober), zweitens die Stoffe der Mythologie und der Märchen (Verwandlung in Tiergestalt), drittens die Vermischung von Gegensätzen in zweideutigen Erfahrungen in der Lyrik (Schnee am längsten Tag). Kants folgenreiche Verdrängungen gewisser Stoffe aus der Erkenntnisproduktion haben einerseits den Anspruch der aufgeklärten Wissenschaft um dieses Material geschmälert und andererseits dieses alles in den Bereich des Irrationalen und des Irrsinnigen hinein verschoben. «Nun wissen wir alle, daß im Wahnsinn die Erfahrungen stecken, die in der «vernünftigen» Welt nicht gemacht werden dürfen.»¹⁰

Von dort her aber kehrt es wieder zurück als Schamanentum – die Sehnsucht nach unvermittelter, übernatürlicher Erfahrung, als Remythologisierung – die Sehnsucht nach Identität mit dem wahren, unzweideutigen Ursprung, als Phänomenal-Ontologie – die Sehnsucht nach intuitiver, vorbegrifflicher Wesensschau der Dinge.

Komplizenschaft mit dem Schicksal

Kein zweiter Philosoph hat sich dessen besser zu bedienen gewußt als Martin Heidegger. Seine, trotz der nachgewiesenen biographischen und inhaltlichen Nähe zu den Nazis, bis heute ungebrochene Faszinationskraft ortet Klaus Heinrich in der adäquaten Versprachlichung solcher Regressionsvorstellungen des vom vermeintlichen Scheitern der Aufklärung enttäuschten modernen Menschen. Die Hilflosigkeit gegenüber den Problemen, die die menschliche Gattung bisher weder eindeutig noch endgültig lösen können, sondern an deren mühsamen Umformungs- und Übersetzungsverfahren sie auch immer wieder gescheitert ist, formt Heidegger seinerseits um zum «Seins-Geschick», zur «Geworfenheit», also zur ontologischen Kategorie gegenüber dem Schicksal. In bezug auf die griechische Philosophie, als deren direkter Interpret sich Heidegger verstand, spricht Heinrich von Komplizenschaft mit dem Schicksal, die angestrebt wird als eine Kunst der Versöhnung des eigenen Daseins mit dem, was man als unlösbar und unveränderbar erkannt hat. Solche Komplizenschaft gibt die nötige Gelassenheit dem Unabänderlichen gegenüber, sie macht immun gegen Enttäuschung und Erschütterung. «Unter dem Begriff des «Man-selbst» hatte der junge Heidegger ja alles, worauf man überhaupt noch eine Hoffnung auf Eingriff in die Wirklichkeit oder auf Veränderung der Wirklichkeit hätte setzen können, abgewehrt und verächtlich gemacht – zum Beispiel die Neugier als «Entwurzelung», zum Beispiel das Miteinander-Reden als bloßes «Gerede».¹¹

Wenn Heidegger bei seinen Kritikern als der große Usurpator unter den Philosophen gilt, dann nicht nur deshalb, weil er von den Vorsokratikern über *Hölderlin* bis zu *Marx* allzuvielen großen Denker in sein System einbindet, sondern auch weil er alles «unter dem Namen Existenz einbezieht und zugleich dadurch aus-

⁵ Klaus Heinrich, Versuch über die Schwierigkeit nein zu sagen. Basel-Frankfurt 1982, S. 159.

⁶ Klaus Heinrich, der gesellschaft ein bewußtsein ihrer selbst zu geben. Basel-Frankfurt 1998, S. 77.

⁷ Klaus Heinrich, arbeiten mit ödipus. (Dahlemer Vorlesungen und Studien, Bd. 3), Basel-Frankfurt 1993, S. 63.

⁸ Ebd., S. 66.

⁹ Vgl. Immanuel Kant, Kritik der reinen Vernunft. Erste Abteilung, Erstes Buch, 2. Hauptstück, 2. Abschnitt, A 100f., zit. nach Klaus Heinrich, ödipus (s. Anm. 7), S. 59.

¹⁰ Klaus Heinrich, ödipus (s. Anm. 7), S. 77.

¹¹ Ebd., S. 73f.

schaltet, daß er es essentialisiert: all das, was an reale Ängste und Sorgen, die Existenz, die da buchstäblich ökonomisch auf dem Spiel steht, erinnern könnte in der Strukturformel «Sich-vorweg-sein – im schon-sein-in ... als Sein-bei» verschwinden läßt». ¹² Heideggers Philosophie beinhaltet also die faszinierende Behauptung alles Bedrohliche und Verdrängte zu benennen und einzuordnen, tatsächlich aber nivelliert sie alles auf dieselbe Stufe von Existenzangst und verlangt durch die Ausschaltung des historisch und biographisch Spezifischen die Gelassenheit genannte Kapitulation gegenüber dem ursprünglichen und zeitlosen Seins-Geschick. Klaus Heinrich kritisiert ähnliche Vorgänge der Enthistorisierung, der Entkontextualisierung, der Umbiegung von spezifischen Stoffen in unstoffliche Konstellationen nicht nur an der Heideggerschen Phänomenologie, sondern auch am Strukturalismus (Claude Lévi-Strauss). Und er wäre auch bei der heute ebenfalls in Mode stehenden Systemtheorie (Niklas Luhmann) fündig geworden, da es ja «die Funktion des Funktionsbegriffs ist, einen Antagonismus zu tilgen». ¹³

Entsprachlichung des Menschen

Ebenso zentral und aktuell in Klaus Heinrichs kritischem Philosophie-Lehrgang ist neben dem Problem der Entstofflichung jenes der Entsprachlichung des Menschen. Der Topos von Sprachlosigkeit und Verstummen hat im 20. Jahrhundert schier unendliche Ausformungen und Variationen erhalten. Er reicht von der jüngsten These des «postdiskursiven Zeitalters» (Boris Groys), der postmodernen Behauptung von Sprache als sinnentleertem Spiel (Jean-François Lyotard u.a.) über den Rückzug ins Schweigen angesichts des unaussprechlich Schrecklichen der Schoah-Erfahrung (Elie Wiesel u.a.) und dem Schweigen der Gelassenheit in der Adaption fernöstlicher Meditationspraxis, zurück zur «endlosen Nachricht aus der Stille» bei Rilke und zur grundsätzlichen Sprachskepsis, daß Wahrheit nicht mehr sagbar sei bei *Hugo von Hofmannsthal*. Nach der oben schon zitierten Disqualifizierung des Miteinander-Redens als bloßes Gerede beim frühen Heidegger, sagt Klaus Heinrich in dieser Sache über den späten: «Sprache ist dort «Monolog»: sie spricht durch den Sprechenden hindurch, der auf sie hört und sich ihr fügt, indem er ihr «entspricht»; nun braucht er nicht mehr zu reden: «Die Sprache spricht» – von Sprache in einem technischen Sinne, von Verständigung, von der Nötigung zu übersetzen ist dann eben nicht mehr die Rede.» ¹⁴

Dagegen besteht Klaus Heinrich mit dem Begriff «Nötigung zur Übersetzung» auch im Anschluß an die Sprachphilosophie *Walter Benjamins* auf der Sprache als genuinstes Ausdrucksmittel der menschlichen Gattung, gleichsam als Selbstsetzung und Selbstbehauptung. Nötigung zur Übersetzung meint sowohl den Willen zur Verständigung in direkter Kommunikation zwischen den Subjekten, als auch jenen zur bewußten Aktualisierung dessen, was in der Geschichte der Subjektwerdung dem Konfliktstoff Mythos und seinen profanen Statthaltern abgerungen beziehungsweise von dort zurückgefordert worden ist; kurz die Besprechbarkeit der Dialektik von Aufklärung.

Ein Abschnitt über Sprache im Zustand der Sprachlosigkeit in Klaus Heinrichs frühem «Versuch über die Schwierigkeit nein zu sagen» beginnt mit dem Satz: «Wir verstehen einen Begriff nur dann, wenn es uns gelingt, den in ihm verkörperten Protest zu übersetzen.» ¹⁵ Das ist zunächst als Programm für die Sprache der Wissenschaft zu nehmen, genauso aber für das Sprechen überhaupt. Denn «wir nehmen teil an einem Prozeß der Selbstentdeckung und Selbstbehauptung durch das formulierte Nein des Begriffs. (...) Protestari, in der alten gerichtlichen Bedeutung des Wortes, heißt: das Schweigen vor Zeugen brechen, damit Schwei-

gen nicht als Zustimmung mißdeutet wird. Protestari heißt sich zur Wehr setzen gegen ein verstrickendes Schweigen.» ¹⁶ Protestieren und Übersetzen – zwei gegensätzliche Begriffe, beunruhigend der eine, beruhigend der andere, stehen für Heinrichs Sprachkonzept. Das Protestieren ist das befreiungsgeschichtliche Element menschlichen Sprechens als Selbstbehauptung und -entwicklung. Das Übersetzen stellt die gattungsgeschichtliche Dimension und die Kontinuität aller bisherigen Befreiungsversuche – der erfolgreichen wie der gescheiterten – sicher. Die Pointe liegt darin, daß die menschliche Sprache bleibend im positiven Sinne notwendig ist. Und daß sie aus dem modernen Gefängnis der unauflösbaren Entfremdung vom ursprünglichen Sinn und der Unmittelbarkeit von Wahrheit austreten kann, weil Übersetzung auch heute noch gelingen kann. Heinrich beharrt auf der Möglichkeit eines Auswegs aus der systemimmanenten Sprachlosigkeit des modernen Menschen durch Entsprachlichung in eine diesen Zustand transzendierende Sprache.

Als wichtigste Konsequenz daraus ergibt sich damit die Notwendigkeit gelingender Rückübersetzung in Sprache von allem, was in den bestehenden Machtverhältnissen aus Bewußtsein und Sprache in die Bereiche von Tauschverhältnissen, Ontologie, genetischer Veranlagung, zeitloser Struktur und objektiver Funktionsweise ausgelagert worden ist, damit die menschlichen Verhältnisse wieder diskutierbar werden und Protest dagegen wieder Bedeutung und Wirkung erhält. Denn Aufklärung gelingt seit jeher nur über einen analytischen und also sprachlichen Zugang zu allen Verhältnissen, und gerade zu jenen, die sich ursprüngmythisch als gott-, schicksals- oder naturgegeben und von menschlicher Veränderungskraft abgekoppelt ausgehen.

Festnageln der Hoffnungsfahne

Wenn Protestieren und Übersetzen in diesem Sinne von der Aufklärung her als Offenlegung akzentuiert werden kann, dann läßt sich aber auch von da ein Zusammenhang zum prophetischen Offenbarungsbegriff herstellen. Denn Offenbarung ist Offenlegung. Dazu bemerkt Klaus Heinrich: «Es ist bezeichnend, daß die Methode des Übersetzens überall auf dem Hintergrund der prophetischen Religion des Alten Testaments steht. Ich nenne vier Kronzeugen für meine Behauptung: *Martin Buber* (vor allem seine Interpretation der Prophetenrolle und seine und Rosenzweigs Bibelübersetzung); *Eugen Rosenstock-Huussy* (vor allem seine Soziologie, neuerdings «Zurück in das Wagnis der Sprache»); *Walter Benjamin* («Die Aufgabe des Übersetzers» und «Über Sprache überhaupt und die Sprache des Menschen»); *Paul Tillich* (in seiner Christologie ist «Wort Gottes» das «Neue Sein» (...)).» ¹⁷ Über solches Mitdenken der religiösen Dimension von Begriffskonzepten kommt Heinrich zu einem Begriff von Religionsphilosophie als eine Korrektur an der Philosophie, die das von der Philosophie Verdrängte oder das in ihren Systemen und Fragestellungen Ausgeschaltete wieder zur Sprache bringt und für einen am Anspruch von lückenloser Aufklärung festhalten den Wissenschaftsbegriff für unverzichtbar erklärt.

An Klaus Heinrichs Sprachpathos hat *Jürgen Habermas* seinerzeit den Mangel an Vermittlung mit der Faktizität moderner, durch die Produktionsverhältnisse bestimmter Sprache kritisiert und seinen religionsphilosophischen Blickwinkel verengend empfunden. ¹⁸ Aus heutiger Sicht aber stellt sich dieser Mangel an Vermittlung als analytische Stärke dar, weil Klaus Heinrichs Sprachkonzept der nur allzu vermittelten Rhetorik der Kommunikations- und Medienwissenschaften die bleibende Möglichkeit von autonomer, vernunftgeleiteter Verständigung entgegenhält. Wenn in der Medienwelt nur noch verstrickende Sprache als Polyinformation, als Infotainment, als Reality-Soap usw. denkbar ist, ergibt sich als enttäuschte Reaktion darauf eine einseitig negative Qualifizierung von Vermischungs- und Überlagerungs-

¹² Klaus Heinrich, vom Bündnis denken. (Dahlemer Vorlesungen und Studien, Bd. 4), Basel-Frankfurt 2000, S. 140.

¹³ Ebd., S. 15.

¹⁴ Klaus Heinrich, ödipus (s. Anm. 7), S. 74. (Die Heidegger-Paraphrasen stammen aus: Die Sprache [1950] und Das Wesen der Sprache [1957].)

¹⁵ Klaus Heinrich, nein sagen (s. Anm. 5), S. 109.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd., S. 202f.

¹⁸ Vgl. Jürgen Habermas, Eine Rezension, in: Ders., Zur Logik der Sozialwissenschaften. Materialien, Frankfurt 1970, S. 322–329.

prozessen und letztlich der Ruf nach Rückkehr zu Einfachheit, Spaltung und Reinheit. Denn dem konservativen Kulturpessimisten erscheint die zum undurchdringlichen Dschungel aufgeschwemmte Gegenwart als mythische Szenerie, von unheimlich wuchernden Parallelerzählungen, letztlich undeutbar als Geschichten mit realem Inhalt. Klaus Heinrichs Dialektik von Protestieren und Übersetzen hält aber an Sprache zur Klärung der Verhältnisse fest, ohne sie dem regressiven Sog des Ursprünglichen preiszugeben; nicht zuletzt deshalb, weil Protestieren immer auch der Protest gegen die Verdrängung von alten Gattungskonflikten ist und weil Übersetzen immer auch die Übersetzung von menschlichen Befreiungsversuchen aus den Ur-

sprungsmächten in die Gegenwart bedeutet. Denn: «Das Alte festhalten erfordert eine größere Kraft: die, es fahren zu lassen, es wiederzugewinnen, es in jenes Neue zu verwandeln, das es selbst schon war.»¹⁹ Dieses Festhalten ist die erste Bedingung für das Festnageln der Hoffnungsfahne am schlingernden Floß der Aufklärung.
Rolf Bossart, St. Gallen

¹⁹ Klaus Heinrich, Floß der Medusa. Drei Studien zur Faszinationsgeschichte, Basel-Frankfurt 1995, S. 113. (Heinrichs Formulierung ist viel konkreter auf reale Prozesse hingedacht als Adornos berühmter, doch enigmatischer Schlußsatz in seinem Traditionessay: «Wiederzukehren vermag Tradition einzig in dem, was unerbittlich ihr sich versagt.» (Theodor W. Adorno, GS Bd. 10.1, Frankfurt 1977, S. 320.)

Wer die Mächtigen anprangert, wird verfolgt

Interview mit Abilio Peña, Mitglied der Ökumenischen Kommission Gerechtigkeit und Frieden von Kolumbien

Wenig erfährt man derzeit in den Medien über den Bürgerkrieg in Kolumbien, der mit der Amtsübernahme von Präsident *Alvaro Uribe Vélez* im August 2002 eine rapide Verschärfung erfahren hat. Die Bilder aus dem Irak und aus Palästina haben Kolumbien von der Agenda der internationalen Öffentlichkeit verschwinden lassen. Dies, obwohl die Fakten des Konfliktes in Kolumbien aufhorchen lassen: Seit dem Jahr 2000 ist Kolumbien durch den noch unter Bill Clinton und dem damaligen kolumbianischen Präsidenten Pastrana ausgehandelten «Plan Colombia» zum Empfängerland der drittgrößten Militärhilfe der USA geworden. Damit rangiert – zumindest für den US-amerikanischen Militärhilfehaushalt – Kolumbien gleich hinter Israel und Ägypten. Parallel dazu ist Kolumbien weltweit zum Land mit der größten Steigerungsrate von internen Vertriebenen geworden. Mit annähernd drei Millionen Menschen rangiert Kolumbien nun auf Platz drei der weltweiten Liste der internen Vertriebenen – mit einem «Rekordjahr» 2002 und einer nur gering fallenden Tendenz im Jahr 2003. Die von den USA und den politischen Eliten des Landes erhoffte «militärische Lösung» des Konfliktes hat zu einer humanitären Katastrophe geführt. Gleichzeitig droht eine Regionalisierung des Konfliktes, die gleichermaßen von Kolumbien wie von den USA betrieben wird. Während Kolumbiens Präsident Uribe die USA aufgefordert hat, wie im Irak mit eigenen Truppen gegen die «Narco-Guerilla»¹ vorzugehen, versuchen die USA, die Nachbarländer Kolumbiens in eine «regionale Konfliktlösung» militärisch einzubinden. Die Grenzregionen zwischen Kolumbien und Panama, Peru, Ecuador und Brasilien werden mit US-Hilfe weiter militarisiert. Zum «Schutz der kolumbianischen Demokratie» wird das alte Bündnis zwischen den militärischen Eliten des Hinterhofs der USA mit den US-amerikanischen Militärstrategen neu aufgewertet. Die schwachen Demokratien Lateinamerikas finden sich damit erneut einer Strategie der von Präsident Uribe euphemistisch umschriebenen Doktrin der «demokratischen Sicherheit» ausgesetzt. Als «Kampf gegen den Terrorismus» und «Krieg gegen die Drogen-guerilla» knüpft sie mit einem neuen Feindbild an die Doktrin der nationalen Sicherheit an. Diese hatte vor erst wenigen Jahrzehnten den lateinamerikanischen Kontinent zum Schutz der «westlich-christlichen Hemisphäre gegen den Kommunismus» in Militärdiktaturen gestürzt. Auch wenn Kolumbiens Elite weiterhin formal an «demokratischen Institutionen und Prozeduren» festhält, so sind doch gleichzeitig Prozesse in Gang gesetzt, die die Gewaltenteilung untergraben, dauerhafte und systematische Menschenrechtsverletzungen verursachen und die Zivilbevölkerung sowie insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz, aber auch die Freiheit und Pluralität der Medien dem schmutzigen Krieg gegen die «Guerilla» opfern.

¹ Der Begriff der Narco-Guerilla verschweigt, daß das Geschäft mit dem Drogenhandel längst alle gesellschaftlichen Gruppen Kolumbiens durchdrungen hat. Dazu zählen auch die militärischen und wirtschaftlichen Eliten, denen es so gelingt, sich eine «weiße Weste» zuzulegen.

Der Kampf um die Demokratie in Kolumbien findet seine symbolische und reale Auseinandersetzung zwischen zwei ungleichen Gegnern: Auf der einen Seite stehen jene mächtigen, von der US-Administration und Spanien unterstützten wirtschaftlichen und politischen Eliten, die das Einkommen des Landes seit vielen Jahrzehnten zu ihren Gunsten verteilen, auf der anderen Seite eine weltweit vielleicht einzigartige Menschenrechtsbewegung, sogenannte Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen, die mit den «Waffen der Demokratie» und einem beispiellosen Blutzoll versuchen, das Land vor dem Abgleiten in den autoritär-paramilitärischen Staat zu bewahren. Die Tragödie dieses ungleichen Kampfes spielt sich in einem Land ab, das zutiefst katholisch geprägt ist, aber auch einem politischen Katholizismus huldigt, der stark der vorkonziliären Tradition des totalitären Integralismus und des kirchlich-kolonialistischen Triumphalismus der spanischen Conquista verhaftet ist. In diesem Sinne muß man das Programm des Präsidenten Uribe «starke Hand und offenes Herz» interpretieren. Diesem eher düsteren katholischen Panorama steht eine Minderheitenposition nachkonziliärer Gruppen und Persönlichkeiten entgegen. Unter diesem nur wenig artikulierten, offenen Katholizismus sticht eine Gruppe hervor, deren Name programmatisch für eine konziliäre Tradition von Kirche-Sein stehen kann: Die «Comisión Inter-ecclesial de Justicia y Paz» – übersetzen wir es als «Ökumenische Kommission Gerechtigkeit und Frieden». Diese Kommission wurde 1988 – damals noch als «Comisión Intercongregacional», also als gemeinsame Ordenskommission – vom Jesuitenpater *Javier Giraldo* gegründet. Sie entwickelte sich schnell zu einer der führenden Menschenrechtsorganisationen des Landes mit einer starken religiösen Prägung. Beispielhaft verbindet sie die theologisch-pastorale Dimension der Begleitung von Opfern von Menschenrechtsverletzungen² mit dem juristischen Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und der politischen Auseinandersetzung um die Hintergründe der Menschenrechtsverletzungen. Sie atmet den konziliären Geist ökumenischer Offenheit, ganzheitlicher Sorge um weltliches und spirituelles Heil, Dialog und Zusammenarbeit mit allen Menschen «guten Willens», eine Option für die Armen und Ausgeschlossenen und die Anerkennung der Gewissensfreiheit der Menschen, für die sie sich engagiert. Nach 15 Jahren Kampf um die Menschenrechte droht nun diese kirchliche Menschenrechtskommission ein Opfer der staatlichen Repression zu werden. Diese bedient sich des Justizapparates,

² Beispielhaft kommen die afroamerikanischen Opfer von Menschenrechtsverletzungen in dem von der afroamerikanischen Dorfgemeinschaft CAVIDA (Comunidad de Autodeterminación, Vida, Dignidad del Cacarcica) herausgegebenen Buch «Somos tierra de esta tierra», Bogotá 2002, zu Wort. Diese Gemeinschaft ist nach der Vertreibung 1997 entstanden und zählt heute 250 Familien, d.h. 1500 Menschen. Die Gemeinschaft hat einen hohen Preis für ihren gewaltfreien, friedlichen Widerstand gezahlt. In den vergangenen Jahren wurden nahezu 80 Menschen Opfer von Ermordung und Verschwindenlassen.

um die Kommission und ihre Partner zu kriminalisieren. Die Repression trifft damit beispielhaft eine Organisation, die sich sowohl gegen starke wirtschaftliche Interessen – vertreten durch die Holzfirma Maderas del Darién – als auch gegen den Herrschaftsanspruch der Militärs in Verbindung mit paramilitärischen Gruppen – vertreten durch den damaligen Oberkommandierenden General *Mora Rangel* – eingesetzt hat.

Das folgende Interview wurde mit einem Opfer dieser Kriminalisierungsstrategie, dem Laientheologen Abilio Peña, während seines Aufenthaltes in Bonn im November 2003 geführt. Abilio Peña gehört dem nationalen Koordinationsteam der *Comisión Intereclesial* an.

S.H.: Abilio, wie sieht die Arbeit der Ökumenischen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Kolumbien aus?

A.P.: Die Kommission ist eine Menschenrechtsorganisation. Ihre 40 Mitglieder sind Angehörige katholischer Ordensgemeinschaften, Laien, Pastoren der Presbyterianer-Kirche und auch einige Humanisten, die sich für die Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht, aber auch für die Rechte der Völker einsetzen. Insbesondere begleiten wir Opfer von Menschenrechtsverletzungen oder ganze Dorfgemeinschaften, die auch inmitten des internen bewaffneten Konfliktes ihre Rechte behaupten wollen. Dabei folgen wir einem umfassenden Menschenrechtsansatz, der die bürgerlichen und politischen Rechte ebenso wie die sozioökonomischen und kulturellen Rechte der Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns stellt.

Ehrenmitglieder unserer Organisation sind Persönlichkeiten wie Bischof Samuel Ruiz aus Mexiko, der argentinische Friedensnobelpreisträger Pérez Esquivel, der US-amerikanische Bischof Gumbleton, der international bekannte Linguist Noam Chomsky sowie andere Persönlichkeiten aus Lateinamerika, den Vereinigten Staaten und Europa mit einer hohen moralischen und ethischen Autorität. Menschen, die sich für eine neue Gesellschaft und für eine neue Menschheit einsetzen.

Derzeit begleiten wir zwölf Dorfgemeinschaften in verschiedenen Regionen des Landes. Die meisten sind Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit; von Morden, Verschwindenlassen, Folter, Massakern und erzwungener Vertreibung.

S.H.: Was ist ganz konkret Ihre Arbeit?

A.P.: Zusammen mit einer Franziskanerin und fünf weiteren Kollegen bin ich Mitglied des Koordinierungsteams der Kommission. Dort bin ich zuständig für die Begleitung, die unsere Kommission im Gebiet Bajo Atrato (Chocó) gewährt. Wir haben zwei ständige Teams in Cacarica und in Jiguamiandó, nahe an der Grenze zu Panamá.

S.H.: Wie arbeitet die Kommission in den Dorfgemeinschaften?

A.P.: Schon 1997 wurden diese Dorfgemeinschaften Opfer von Bombardierungen und Angriffen seitens des Militärs und der Paramilitärs, die Hand in Hand arbeiteten und die Menschen zwangen, nach Turbo am Golf von Urabá zu fliehen. Jene bewaffneten Übergriffe dauerten drei Tage, vom 24. bis 27. Februar 1997; das Makabere daran ist, daß diese Angriffe unter der Bezeichnung «Operation Genesis» abliefen. Vorgeblich richtete sich der Kampf gegen die Guerilla, also die FARC-EP.

Eine katholische Ordensfrau, Mitglied eines Missionsteams der Kommission in Urabá, war von Beginn an bei den Vertriebenen. Danach kamen andere Mitglieder der Kommission dazu. Wir trafen uns mit den Führern der Gemeinschaft und fragten sie, was sie von uns wollten. Sie sagten uns, daß sie auf ihr Land zurückkehren wollten, und schlugen vor, daß wir sie dabei begleiten. Wir hörten von ihnen, was ihnen widerfahren war, wie der militärische Angriff unmittelbar vor ihrer Vertreibung verlaufen war, was die Militärs ihnen sagten und antaten – Morde und Verschwindenlassen mehrerer Mitglieder der Gemeinschaft. Wir begannen unsere Hilfe anzubieten, die aus einem ganzheitlichen Menschenrechtsansatz, mit physischer Präsenz und der Entwicklung eines pädagogischen Ansatzes für Menschenrechte und dem zweiten Protokoll der Genfer Konvention besteht.

Es entwickelte sich ein dauerhafter Dialog darüber, unter welchen Bedingungen die Dorfgemeinschaften sich eine Rückkehr vorstellen konnten. Wir begleiteten sie bei der Vorbereitung von Verhandlungen und der Formulierung ihrer Forderungen an den Staat. Dieser Prozeß mündete in die Erarbeitung einer Liste mit Vorschlägen zur Verteidigung des Lebens und des Landes – immer ausgehend von Wahrheit, Gerechtigkeit und der Forderung nach moralischer Wiedergutmachung.

Die Gemeinden wissen und sagen das auch in ihrem Vorschlag, daß der Krieg weiter andauert. Sie erkennen, daß die Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung gegen die Bevölkerung und nicht gegen die Guerilla gerichtet sind; daß die Wurzeln des Krieges in den tiefen Ungerechtigkeiten liegen, die sie mit ihren Vorschlägen beheben wollen. Was den bewaffneten internen Kampf betrifft, distanzieren sich die Dorfgemeinschaften von den militärischen Strategien des Staates, der sich offiziell der Streitkräfte, inoffiziell aber der Paramilitärs bedient. Sie lehnen aber auch die Guerilla ab und geben ihr keinerlei Unterstützung. Vielmehr bauen sie am Projekt einer «Humanitären Zone», das nach erneuten Überfällen der Paramilitärs durch einen «Zaun des Lebens» geschützt wurde. Mit dieser symbolischen Absperrung wollen sie erreichen, daß sie respektiert werden. Sie beharren darauf, daß ihr Verbleiben auf diesem Land, das knapp zwei Stunden von einer paramilitärischen Basis entfernt ist, notwendig ist, um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Errichtung agroindustrieller Projekte wie beispielsweise von Ölpalmenplantagen zu verhindern. Sie wissen, daß ihr Land sehr fruchtbar und reich ist und daß man sie deshalb zugunsten von Privatinteressen vertreiben oder versklaven will.

S.H.: Welche Rolle spielte die Kommission bei der Rückkehr der Dorfgemeinschaften?

A.P.: Wir sind 24 Stunden am Tag dort präsent, und zwar durch das Missionsteam, das von den Internationalen Friedensbrigaden (PBI = Peace Brigades International) unterstützt wird. Sie sind für unsere Kommission und die Dorfgemeinschaften ein Schutz. Wir nehmen an den Koordinierungstreffen und den Vollversammlungen der Dorfgemeinschaften teil, wenn sie uns darum bitten, beteiligen uns aber nicht an den Entscheidungen. Wir aktivieren Warnsysteme, wenn ein militärischer Angriff droht. Auf diese Weise konnten schon Menschenleben gerettet werden, denn die «Humanitären Zonen» der Dorfgemeinschaften wurden schon mehrfach bei militärischen Übergriffen heimgesucht. Wir sind verantwortlich für die Schule, wo wir eine ethnospesifische Erziehung aufbauen. Wir bieten psychosoziale Hilfe, Glaubensreflexion und Formen solidarischen Wirtschaftens an. Wir begleiten die Kommissionen zur Verifizierung der Ausbeutung des Holzbestandes durch die Holzfirma «Madera del Darién». Wir begleiten die Dorfgemeinschaften bei juristischen Schritten, wenn sie versuchen, ihre Rechte auf Wahrheit und Gerechtigkeit sowohl im nationalen Kontext als auch bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission oder bei den Vereinten Nationen durchzusetzen. Wir haben auch drei internationale Treffen auf dem Gebiet der Gemeinden mitorganisiert, an denen 51 kolumbianische und internationale Organisationen beteiligt waren. Dort wurde ein Alternativprogramm gegen die Straflosigkeit und die Globalisierung des Marktes entwickelt.

S.H.: Worin besteht Ihre internationale Arbeit?

A.P.: Wir haben die Entscheidung getroffen, die Dorfgemeinschaften zu begleiten. Sie sind Opfer, aber gleichzeitig Subjekte von Rechten. Sie sind nicht passiv, sie stehen für einen eigenen Lebensentwurf mit ganz konkreten Alternativen. In dem Maße, in dem Mechanismen der Straflosigkeit sich in Kolumbien herausbilden und stärker werden, wenden wir uns an nationale und internationale Instanzen. Wir setzen dabei auf das Bewußtsein der Menschheit, aber auch auf Formen der Erinnerung und Bestrafung, wie sie die Völker hervorgebracht haben, beispielsweise die Mütter der Plaza de Mayo in Argentinien, die Bewegung Hijos, die Ex-Gefangenen in Chile oder die Gemeinschaft der Abejas und das Indianerkomitee CIPO in Mexiko. Einer Globalisierung, die den Menschen ausgrenzt, setzen wir bei-

spielsweise den Austausch von chemiefreiem Saatgut und die Entwicklung von Vorschlägen für die Nahrungsmittelsicherheit entgegen. Kurz gesagt geht es um einen zivilen Widerstand, den die Dorfgemeinschaften zur Verteidigung des Lebens und des Landes in Kolumbien aufgebaut haben.

S.H.: Im September griff der Präsident Kolumbiens, Alvaro Uribe, die Menschenrechtsorganisationen an. Hat das Auswirkungen auf die Arbeit der Ökumenischen Kommission Gerechtigkeit und Frieden?

A.P.: Selbstverständlich, denn wir sind eine Menschenrechtsorganisation und wir sind Menschenrechtsverteidiger. Am 8. September 2003 diffamierte der Präsident mehr als 80 Nichtregierungsorganisationen (NGO), die einen Bericht mit einer Bilanz des ersten Regierungsjahres des Präsidenten herausgegeben hatten. Auch einen Bericht des Entwicklungsprogramms der UNO (UNDP) attackierte der Präsident. Selbstverständlich erhöhen solche Vorwürfe das Gefährdungspotential für die Dorfgemeinschaften, die schon durch militärisch-paramilitärische Operationen stark in Bedrängnis geraten, aber auch für die Menschenrechtsorganisationen. Die Rede des Präsidenten bringt vielleicht das zum Ausdruck, was man wirklich denkt. Solche Beschuldigungen fügen der legitimen Verteidigung des Lebens und des Landes, die wir Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien leisten, einen unermesslichen moralischen Schaden zu. Wir sind nicht Teil der Macht und streben das auch nicht an. Wir sind eine moralische und ethische Instanz für die Staaten, wir sind ein ethischer Bezugspunkt für die Dorfgemeinschaften. Wenn man das in Frage stellt, ist es schwerwiegend, wenn man es in Kolumbien tut, ist es gefährlich, und wenn es der Präsident tut, kann diese Botschaft tödlich ausgehen, weil er die höchste Autorität ist. Das legale und legitime Handeln eines Staates hat Grenzen. Dieses Wissen ist im Laufe der Menschheitsgeschichte entstanden. Uns obliegt es, darüber zu wachen. Einige Tage vor den Erklärungen des Präsidenten, am 21. August 2003, rief General Mora Rangel, damals noch Kommandant der Streitkräfte, alle Medien des Landes zu einer Pressekonferenz zusammen, in der falsche Beschuldigungen gegen die Dorfgemeinschaften von Cacarica (CAVIDA) und die Ökumenische Kommission Gerechtigkeit und Frieden erhoben wurden. Das war nicht nur Verleumdung, sondern der Versuch einer moralischen und ethischen Vernichtung. Aber noch haben wir eine Stimme, und angesichts derartiger Infamie und solchen Machtmissbrauchs seitens des Staates und privater Unternehmen darf man nicht schweigen. *S.H.:* Wer beschuldigt Sie?

A.P.: Das Interesse an einer Pressekonferenz gegen CAVIDA und gegen unsere Organisation haben offensichtlich militärische Kreise und, in enger Beziehung mit ihnen, Holzfirmen und mächtige Firmen, die den Ölpalmenanbau vorantreiben. Diese Kreise verfügen über viel Macht im Land. Woher kommt das Geld, um Zeugen aus dem Chocó zu holen und ihnen Hotelunterkunft, Flugtickets und andere Transportkosten zu zahlen? Die Beschuldigungen wurden genau zu dem Zeitpunkt erhoben, als unsere Kommission als zivilrechtlicher Kläger in einem Verfahren gegen General *Rito Alejo del Rio* auftrat, der wegen annähernd 210 Verbrechen – darunter zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit – vor Gericht steht. Zu einem Zeitpunkt, als das Amt des Disziplinaranwaltes die Bestrafung von drei Staatsdienern bestätigte, die illegale Bereicherung aus den Waldbeständen der Dorfgemeinschaften ermöglicht hatten. In diesen Tagen soll das Oberste Gericht auch über eine Beschwerde befinden, die die Dorfgemeinschaften gegen die Holzfirma *Maderas del Darién* eingelegt haben. Gleichzeitig gibt es aber auch ein Projekt, die Paramilitärs zu demobilisieren und ihnen Vergeben und Vergessen zuzugestehen. Mit Verleumdung will man jetzt die Verteidigung und Bestätigung des Rechtes auf Leben und Land unter Kontrolle bringen und der Forderung nach Gerechtigkeit entgegenreten.

S.H.: Wessen beschuldigt man Sie?

A.P.: Man wirft uns vor, außerhalb des Gesetzes Gruppen gegründet zu haben; des weiteren Drohung, Mord, Gründung einer

Anlässlich des 100. Geburtstages und des 20. Todestages von

Karl Rahner SJ

findet eine Reihe von Veranstaltungen zu seiner Biographie, seinem theologischen Werk und dessen aktueller Bedeutung für Kirche und Gesellschaft statt. Im folgenden weisen wir auf einige Veranstaltungen der kommenden Wochen hin. Informationen finden Sie auf www.jesuiten.org/karl.rahner.

10.2.2004

Karl Rahner: Gotteserfahrung in Leben und Denken

Vortrag von Prof. Dr. Herbert Vorgrimler, Münster. Einführung von Martin Maier SJ, Stimmen der Zeit, München. Eine Veranstaltung des Forums der Jesuiten. *St. Michael, Saal, München*

5.–6.3.2004

Mensch werden. Über den biologischen Ursprung des Menschen

Tagung in Kooperation mit dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL). *Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen*

5.–6.3.2004

Öffentliche Festveranstaltung

zusammen mit dem Jesuitenorden und Kardinal Karl Lehmann, Johann B. Metz (Münster), Bernard Sesboué (Paris), Friederike Nüssel (Münster), Andreas R. Batlogg SJ. *Katholische Akademie, München*

8.–9.3.2004

Die Theologie Karl Rahners – Wegweisung und Begleitung für heutige Pastoral?

Veranstalter: Bildungshaus Batschuns in Zusammenarbeit mit dem Religionspädagogischen Institut der Diözese Feldkirch, dem Katholischen Bildungswerk Vorarlberg, den Wiener Theologischen Kursen und den Jesuiten in Österreich. *Bildungshaus Batschuns/Vorarlberg*

19.–21.3.2004

Karl Rahner und Wien. Symposium zum 100. Geburtstag

Eine Kooperationsveranstaltung von kardinal könig haus, Österreichische Jesuitenprovinz, Theologische Fakultät Wien, Erzbischöfliches Schulamt, Wiener Theologische Kurse, Religionspädagogisches Institut Wien, Kath.-Theologische Fakultät Passau. *kardinal könig haus, Wien*

26.–28.3.2004

Was hat er uns gegeben, was haben wir genommen? Karl Rahner zum 100. Geburtstag

Die Rezeption des Rahnerschen Denkens durch jüngere Theologen. *Franz Hitze Haus, Münster, Westf.*

27.–28.3.2004

Gott und Welt denken und lieben

Tagung zum 100. Geburtstag des Jesuiten Karl Rahner (1904–1984). Leitung: Dr. Christian Rutishauser SJ, Referenten: Dr. Andreas Batlogg SJ, Dr. Karsten Kreuzer. *Lassalle-Haus, Bad Schönbrunn (Schweiz)*

1.–3.4.2004

Karl Rahner in Innsbruck – Jesuit und akademischer Lehrer

Symposium mit einem Dies academicus. *Theologische Fakultät, Innsbruck*

kriminellen Vereinigung sowie Raub von Ressourcen. Das Strafgesetzbuch reicht fast nicht aus, um alle Anklagepunkte zu fassen. Die Kläger haben mittlerweile bestätigt, daß ihr Ziel die Vertreibung der Kommission aus der Region ist, daß sie wirtschaftliche Probleme haben und Hilfe brauchen. Es handelt sich um sogenannte Informanten, aber sie können ihre Behauptungen nicht beweisen. Andere wiederum würden dazu gezwungen, als Zeugen auszusagen. Sie müssen behaupten, daß wir Guerilleros sind, daß wir sie bedroht haben. Im Gegenzug erhalten sie irgendwelche Vergünstigungen. Wir haben nichts zu befürchten, denn wir haben getreu unserer Identität als Menschenrechtsverteidiger gehandelt, als Begleiter konkreter Vorschläge im internen bewaffneten Konflikt. Aber diese Verfahren vor Gericht machen uns Angst, weil in Kolumbien sehr selten oder besser gesagt fast nie der Rahmen des Gesetzes eingehalten wird. Wir, die Recht und Gerechtigkeit gefordert haben, die jene begleitet haben, die ihr Recht einklagen, sind nun die Täter, die Terroristen.

S. H.: Das heißt, daß man versucht, die Dorfgemeinschaften, die Sie begleiten, und die Kommission zu vernichten?

A. P.: Wir sehen in der Tat, daß man mit großem Haß gegen die Dorfgemeinschaften und gegen uns vorgeht, denn es wurden vier Gerichtsverfahren eröffnet. Zwei ganze Tage hat man sich Zeit genommen, um uns in allen nationalen Medien zu beschuldigen. Jüngst wurde sogar ein Artikel im «Wall Street Journal» der Vereinigten Staaten gegen uns veröffentlicht. Wir befürchten, daß man wieder versuchen wird, Mitglieder der Dorfgemeinschaften oder unserer Kommission zu ermorden oder verschwinden zu lassen, wenn diese Verleumdungs- und Kriminalisierungskampagne nicht funktioniert. Sie sind wirklich sehr mächtig, und es zeigt sich, daß sie um jeden Preis versuchen, ihre Interessen zu verteidigen.

S. H.: Welche Beweise gibt es gegen die Ökumenische Kommission?

A. P.: Keine, denn es handelt sich um einen reinen Schauprozeß. Nichts daran ist wahr. Sie versuchen Lüge in Wahrheit zu verwandeln, Verleumdung in Gerechtigkeit. Es gibt keine Beweise, und ihre Behauptungen sind falsch. Es ist ein Schauprozeß mit präparierten Zeugen, die für Geld aussagen. Wir sind nicht die Einzigen. Gleiches erlebt etwa der Bischof der Diözese Libano, Monsignore *José Luis Serna Alzate*, wegen seiner humanitären Aktionen. Wir haben Beweise, daß Zeugen bezahlt wurden und auf andere Druck ausgeübt wurde, damit sie gegen uns aussagen.

ORIENTIERUNG (ISSN 0030-5502)

erscheint 2 x monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Informationen

Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

Redaktion und Aboverwaltung:

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich

Telefon 01 201 07 60, Telefax 01 201 49 83

E-Mail Redaktion: orientierung@bluewin.ch

Aboverwaltung: orientierung.abo@bluewin.ch

Redaktion: Nikolaus Klein, Josef Bruhin,

Werner Heierle, Paul Oberholzer, Pietro Selvatico

Ständige Mitarbeiter: Albert von Brunn (Zürich), Beatrice

Eichmann-Leutenegger (Muri BE), Paul Konrad Kurz (Gauting),

Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

Preise Jahresabonnement 2004:

Schweiz (inkl. MWSt): Fr. 65.- / Studierende Fr. 50.-

Deutschland und Österreich: Euro 47.- / Studierende Euro 35.-

Übrige Länder: SFr. 61.-, Euro 33.-, zuzüglich Versandkosten

Gönnerabonnement: Fr. 100.-, Euro 60.-

Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postkonto Zürich 80-27842-8

Deutschland: Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70)

Konto Nr. 6290-700

Österreich: Bank Austria, Creditanstalt

Zweigstelle Feldkirch (BLZ 12000),

Konto Nr. 00473009 306, Orientierung, Feldkirch

Übrige: Credit Suisse, CH-8070 Zürich (BLZ 4842),

Konto Nr. 556967-61

Druck: Druckerei Flawil AG, 9230 Flawil

Abonnements-Bestellungen bitte an die Aboverwaltung.

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die

Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Diese für Geld gekauften Zeugen geben sich für dieses falsche Spiel her. Es werden aber auch Beweismittel fabriziert, etwa unter Bezugnahme auf sogenannte militärische Geheimdienstberichte. Da behauptet dann eine Militäreinheit, daß ihren Informationen zufolge diese oder jene Person ein Guerillero ist oder mit der Guerilla zusammenarbeitet. Wir wissen von einem Schriftstück, abgefaßt im militärischen Geheimdienstjargon, das den Medien übergeben wurde. Darin wurden die Führer der Gemeinschaft, Priester, Ordensleute und sogar einige Staatsbedienstete, die pflichtgemäß die Beschwerden der Gemeinschaft bearbeiteten, bezichtigt, Komplizen der Guerilla zu sein.

S. H.: Was können Sie gegen dieses Vorgehen tun?

A. P.: Seit 1997 bietet die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) den Dorfgemeinschaften Schutz. Die Kommission kennt die Transparenz der Gemeinschaft und kennt auch uns als Antragsteller für diese Maßnahmen. Zum anderen haben drei kolumbianische Menschenrechtsorganisationen, die Kolumbianische Juristenkommission, das Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo und Reiniciar bei der Interamerikanischen Menschenrechtsorganisation weitere Schutzmaßnahmen für unsere Kommission beantragt. Es gibt auch eine Gruppe von Anwälten, die unsere Verteidigung übernehmen, und eine Gruppe von Anwälten aus dem Ausland, die als unsere Berater den weiteren Verlauf der Verfahren verfolgen. Wir haben Hunderte von Unterstützer-Briefen aus aller Welt erhalten, weil wir das sagen und schreiben, was man in Kolumbien nicht wissen und anerkennen will. Viele Bilder und Blendspiegel, die den Grad des Verfalls und der Erosion des Rechtsstaates in Kolumbien verbergen wollen, werden dabei zerbrochen. Man glaubt uns, denn wir sagen nicht, was man uns erzählt, sondern das, was wir selbst gesehen haben und was wir selbst bezeugen können. Wir sind nicht die einzigen Betroffenen. Was in Kolumbien geschieht, ist sehr ernst. Die Rechtsgarantien gehen verloren. In Kolumbien tötet man nicht nur durch Hunger oder durch Kugeln, heute tötet man durch Lügen oder ungerechtfertigte Gefängnisstrafen.

S. H.: Gegen wen richtet sich diese Strategie der Regierung noch?

A. P.: Wie ich schon vorher sagte, wird dem Bischof von Libano auf Grund falscher Zeugenaussagen der Prozeß gemacht. Alle wissen, daß die Zeugen gekauft sind. Die Zeugen selbst haben das zugegeben. Aber die Staatsanwaltschaft ermittelt weiter. Dutzende von Menschen werden derzeit Tag für Tag im Land verhaftet, weil sie durch bezahlte Zeugen angezeigt wurden. Im Fernsehen werden diese Menschen als Guerilleros präsentiert. Man gibt vor, den Strukturen der Guerilla schwere Schläge beigebracht zu haben. Man tut so, als ob die Politik der Regierung gegen die Guerilla erfolgreich sei.

S. H.: Welche Folgen haben diese Anklagen für die betroffenen Personen?

A. P.: Unsere Freunde, unsere Kinder und die Familien sehen auf einmal den Namen unserer Organisation und der Dorfgemeinschaften, die wir begleiten, im Fernsehen und in der Presse. Es stellen sich ihnen Fragen, auf die wir antworten müssen, weil man diese Verleumdungen nicht einfach hinnehmen kann. Es gibt auch starken Verschleiß. Man will unsere Arbeit kontrollieren, uns zum Schweigen bringen, unser Ansehen schädigen und uns moralisch zerstören. Andererseits veranlassen uns diese Beschuldigungen, unsere Option zu hinterfragen und sie zu bekräftigen. Denn wir sehen, daß wir nicht die ersten sind, die verfolgt, diffamiert und bedroht werden. Wir werden auch nicht die letzten sein. Denken wir nur an den Fall Jesu von Nazaret und viele andere wie er. Mit Genugtuung sehen wir auch, daß unsere Arbeit gut ist. Würden wir die Mächte, die morden, verschwinden lassen, vertreiben und sich der Ländereien der Dorfgemeinschaften bemächtigen, nicht anprangern, dann geschähe nichts. Verfolgung ist also die logische Folge, wenn man die Mächtigen anprangert. Die Mächtigen können gar nicht anders, als auf Verleumdung, Verfolgung und sogar Mord oder Verschwindenlassen zurückzugreifen. Wir setzen aber nicht auf den Tod. Unsere Option ist das Leben, das Leben in Würde.

Interview und Übersetzung: Stefan Herbst, Bonn